

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 6 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 2 Mk. im Voraus, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2,50 Mk. Die Postbestellung ist nur für den Reichsbereich zulässig. Einzelnummern werden nach Möglichkeit abgegeben und unsere Anzeigen werden zu jeder Zeit bei Wilsdruff-Dresden eingeleitet. — Abrechnung erfolgt nach, wenn keine Vorrechnung erfolgt. — Abrechnung erfolgt nach, wenn keine Vorrechnung erfolgt. — Abrechnung erfolgt nach, wenn keine Vorrechnung erfolgt.

Abdruckpreis: Die Spezialrate 20 Halbpennig, die Spezialrate für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die Spezialrate für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die Spezialrate für den amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 90. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, 18. April 1925

Wirtschaftsaufgaben.

Kein besonders rosiges Bild entrollte bei der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums der dieses leitende Minister Reuhaus im Ausschuss des Reichstages. Wenn man das alles in einzelnen betrachten, was er dort gesagt hat, so könnte man nur das eine wünschen: alle, die über der „Politik“ — des Parteipolitik — die schweren wirtschaftlichen Gefahren unserer Gegenwart und Zukunft allzuoft vergessen, sollten sich einmal klar darüber werden, daß erst Leben notwendig ist und dann — Parteipolitik treiben; um das bekannte Wort am Siegel des Bremer Seefahrtsamtes zu variieren.

Zwei drohende Wolken hängen über unserer wirtschaftlichen Gegenwart und Zukunft: die eine ist die unabsehbare Reihe wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Auslandes, die als Folgeerscheinungen der Kriegs- und Nachkriegsblockade aufzufassen sind. Und die nur zum Teil am 10. Januar 1925 beseitigt werden konnten. Das ganze wirtschaftliche Weltbild hat sich ja geändert; das Charakteristische dabei ist vor allem die ganz überragend gewordene Stellung Amerikas. Nicht weniger wichtig und für unsere Exportindustrie gefährlich ist aber noch die andere Tatsache: daß zahlreiche frühere Konsumländer (beispielsweise Südamerika, Ägypten, Südafrika, Indien) sich auf Grund einheimischer Rohstoffquellen zu Produktionsländern umgewandelt haben. Die Folge ist: Einengung des Weltmarktes durch Absperrung ausländischer Konkurrenz mittels Zölle und gleichzeitig gewaltige Erhöhung des Angebots an Waren. Und diese Konkurrenz ist wieder in steigendem Maße dadurch gekennzeichnet, daß nicht mehr Massenartikel auf den Weltmarkt geworfen werden können, sondern nur Qualitätswaren. Freilich bietet sich für den Absatz europäischer — also auch deutscher — Halb- und Rohstoffprodukte nun infolge der Industrialisierung der Welt eine gewisse erweiterte Möglichkeit; aber gerade wir Deutschen sind ein rohstoffarmes Land geworden und die Notwendigkeit eines möglichst starken Exports zwingt uns, um ein finanziell günstiges Ergebnis zu erzielen, zum Export hochwertigster Qualitätswaren.

Der Minister sprach sich angesichts der fortwährenden Umgestaltung der Verhältnisse in der Weltwirtschaft gegen handels- und zollpolitische Dauermaßnahmen aus, steht aber auf dem selbstverständlichen Grundsatze weitgehendsten handelspolitischen Zusammenarbeitens der europäischen Staaten zwecks Behebung der Kontinentalwirtschaft. Ein origineller Gedanke ist dabei die Tendenz dieser handelspolitischen Zusammenarbeitens der europäischen Staaten zwecks Behebung der Kontinentalwirtschaft. Ein origineller Gedanke ist dabei die Tendenz dieser handelspolitischen Zusammenarbeitens der europäischen Staaten zwecks Behebung der Kontinentalwirtschaft.

Interessant war die Feststellung des Ministers, daß die deutschen Unternehmungen über ein Betriebskapital von nominell über 30 Milliarden Goldmark verfügen; das ist immer noch weniger als die Hälfte des Standes von 1913. Und wichtig ist seine Mahnung, straffere und — zuverlässigere Lieferungsbedingungen im Verkehr mit dem Auslandsmarkt wiederherzustellen; denn gerade in diesem Punkte hat die Inflation verhängnisvoll genug gewirkt. Das leitet schon über zu dem Hinweis auf die zweite tiefschwarze Wolke, die über unserer Wirtschaft schwebt: die Kreditnot. Dabei legte der Minister das Hauptgewicht auf das Problem der innerdeutschen Kapitalneubildung, also, kurz gesagt, auf die Möglichkeit von Ersparnissen. Steuerdruck und heftigste Auslandskonkurrenz verdrängen und verengen die Gewinnmöglichkeiten, aber immerhin sind doch Ansätze von Kapitalrücklagen zu verzeichnen. Dabei versagen aber die Banken. Sie wollen auf Kosten der Sparer gute Geschäfte machen. Großes Gewicht legt der Minister trotzdem offenbar auf größtmögliche Konzentrierung der Kreditgeberorganisationen, also vor allem bei der Reichsbank soll die Hauptquelle fließen. Das Problem der Kreditgewährung dreht sich aber nach wie vor noch um die Langfristigkeit der Kredite, die allein für das Handwerk und namentlich die Landwirtschaft in Frage kommt. Noch fließt aber gerade dieser Kredit erst sehr spärlich; der gewerbliche Mittelstand soll jetzt endlich erst einmal 30 Millionen aus den Mitteln der Reichspost erhalten. Und dies zu einem billigeren Zinsfuß.

Dieser Punkt, die Höhe des Zinsfußes, ist aber besonders schwierig. Denn ohne ausländisches Kapital kommen wir doch nicht vorwärts, und zum Anreiz für das Ausland müssen wir an einem höheren Reichsbankdiskontsatz fürs erste festhalten. Man kann hierbei vielleicht doch anderer Meinung als der Minister sein, da bei dem Überfluß an anlagelustigem Kapital gar nicht so sehr die Höhe des Zinsfußes als die Sicherheit der getiehenen Gelder eine Rolle spielt. Unverantwortliche und überflüssige Elemente, die sich in die Kreditvermittlung hineingedrängt haben, verteuern den Weg obendrein.

Der Minister sprach noch von einem Stoden des Kreditzuflusses aus Amerika, betrachtet das aber als vorübergehende Erscheinung. Das wichtigste ist: wir dürfen nur Rohstoffkredite in Anspruch nehmen, weil wir eben nicht so sehr privatwirtschaftlich als volkswirtschaftlich

Wege und Ziele der deutschen Außenpolitik.

D a m b u r g, 17. April. Vor einer zahlreichen Zuhörerschaft sprach der Minister des Auswärtigen Dr. Stresemann gestern abend im Ueberseeclub über Weltwirtschaft und Weltpolitik und führte u. a. aus: Letzten Endes entscheiden die großen Grundfragen der Politik über die Völkerschicksale. Aber zu keiner Zeit ist wohl diese Politik mehr von Wirtschaftsfragen beeinflusst als in der Gegenwart. Der stärkste Ausdruck der engen Wechselwirkung zwischen Weltwirtschaft und Weltpolitik zeigte sich beim Dawes-Gutachten. Sein Zweck war die Freimachung der Weltwirtschaft von fortgesetzter Bedrückung durch die politische Spannung der Reparationsfrage. Deutschlands Stellung ist dadurch gekennzeichnet, daß wir heute noch viel enger mit dem Auslande verflochten sind als früher. Unsere Umwelt hat sich dabei seit dem Weltkrieg entscheidend geändert. Die Vereinigten Staaten sind der Westgigant und der Weltbankier geworden. In Europa sind große Wirtschaftsgebiete in kleinere Komplexe zerlegt worden. Dabei sind die ökonomischen Kräfte unökonomisch verteilt. Frankreich ist der größte Erzbesitzer und hat dabei die geringsten Rohstofflager. Die deutsche Produktion steht vor den schwersten Aufgaben. Sie soll die höchsten Ueberschüsse erzielen und hat doch die wichtigsten Rohstoffgebiete verloren. Mit ernster Sorg müssen wir die Vorgänge verfolgen, die darauf hindeuten, daß eine Zusammenfassung unerlässlicher Rohstoffe in den Machtbereich weniger Staaten angestrebt wird. Das einzige wirtschaftliche Machtzentrum, das wir noch besitzen, ist unsere Konsumkraft. Es scheint aber, als wenn an die Stelle der bisherigen Parole „Krieg und Untergang dem Konkurrenten“ sich wieder das Bestreben gesetzt hat, mit dem Konkurrenten zusammenzuarbeiten. Deutschland hat am 10. Januar d. J. seine Handelsfreiheit auf handelspolitischem Gebiete wieder erhalten. Es wird die Verhandlungen mit den Staaten, mit denen es in neue Beziehungen eintritt, unter Festhalten am Prinzip der Meistbegünstigung führen. Der Abschluß des deutschen Marktes durch Hochzollpolitik ist unmöglich. Letzten Endes bleibt auch unsere Wirtschaftsentwicklung abhängig von der Gestaltung der Weltpolitik. Wir sind durch die Weltpolitik anderer bis auf die heutige Stunde bedroht. Richtlinie unserer Außenpolitik muß nur sein: Sicherung der Grenzen des Reiches, Fortentwicklung im Innern und Sicherung des Friedens zur Konsolidierung der deutschen Verhältnisse. Nachpolitische Besten waren schon zu einer Zeit verfehlt, wo wir die Macht bejahen. Ehre und Würde des deutschen Reiches hat nichts zu tun mit starken Worten, sondern wird am besten durch sachliche Arbeit und Pflichterfüllung gefahrt. Was wir wollen ist, daß man uns zufrieden läßt, daß wir uns in Ruhe wieder aufrichten können, um die Wohlfahrt unseres Landes zu sichern und übernommene Verpflichtungen anderer ausführen zu können. Die Grundlagen dieser Außenpolitik könnten auch durch ein Volksvotum über innerpolitische Anschauungen nicht geändert werden. Ein solches innerpolitisches Votum gibt den Empfindungen und die Stärke der Parteien Ausdruck. Die wirtschaftliche Entwicklung, die wir erhoffen, kann sich nur auf der Grundlage der heutigen Staatsform vollziehen. Sie zu verteidigen gegen jeden, der sich vermisst, uns in Kämpfe über innere Abänderungen hineintreiben zu wollen, werden auch Millionen von denen bereit sein, die aus patriotischen Gründen für die heutige Staatsform als der einzigen Grundlage einer gesunden deutschen Entwicklung eintreten, ohne daß sie bereit sind, ihre grundsätzliche Einstellung in dieser Frage aufzuheben. Das Ausland braucht, so betonte Dr. Stresemann zum Schluß, weder zu fürchten noch zu hoffen, daß eine innere Zerreißung in Deutschland eintritt, sondern es kann unbeschadet um den Streit der Parteien auf eine gesunde und vernünftige Entwicklung der deutschen Verhältnisse vertrauen.

Nur drei Präsidentschaftskandidaten.

Berlin, 17. April. Wie die Telexunion vom Reichswahlleiter erfährt, sind bis Donnerstag 12 Uhr nachts keine weiteren Wahlvorschlüsse eingereicht worden. Es kandidieren daher nur v. Hindenburg, Dr. Marx und Thälmann.

Hindenburg spricht im Rundfunk.

Berlin, 17. April. Vom Reichsbild wird mitgeteilt: Nachdem die Reichsregierung den Rundfunk für die Bewerber um den Posten des Reichspräsidenten im zweiten Wahlgange

denken und handeln müssen. Da heißt es eben als Parole: Qualitätsexport, nicht Produktion von Massenwaren, für die es an Absatz mangelt.

Wenn bloß erst die Erkenntnis von der Selbstverständlichkeit dieser Parole in weitere Kreise unserer produzierenden Bevölkerung gedrungen wäre!

freigegeben hat, wird Generalfeldmarschall v. Hindenburg am Freitag vor der Wahl abends in einer Rede, die über sämtliche deutsche Sender verbreitet wird, zu dem deutschen Volke sprechen.

Deutsch-österreichische Paktfreiheit?

Wien, 17. April. In Gegenwart des Berliner österreichischen Gesandten Dr. Nibel fand gestern im Bundeskanzleramt eine interministerielle Konferenz über die Frage der Aufhebung des Visumzwanges im deutsch-österreichischen Reiseverkehr statt. Es wurde beschlossen, den Vorschlägen des deutschen Auswärtigen Amtes zuzustimmen. Der Gesandte Nibel wurde beauftragt, unmittelbar nach seiner Rückkehr nach Berlin die Verhandlungen fortzusetzen und abzuschließen. Oesterreich wird in der nächsten Zeit auch an die anderen Staaten mit der Anregung herantreten, die Paktvisa gegenseitig aufzuheben.

Wiederaufnahme der deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen.

Rom, 17. April. In Rom haben gestern die italienischen Handelsvertragsverhandlungen, die vor den Feiertagen unterbrochen wurden, wieder begonnen. Führer der deutschen Delegation ist jetzt der deutsche Botschafter in Rom v. Neurath.

Das Kabinett Painlevé gebildet.

Paris, 17. April. Die offizielle Ministerliste weist folgende Namen auf: Ministerpräsident und Kriegeminister: Painlevé; Außenminister: Briand; Inneres: Schramel; Finanzen: Caillaux; Marine: Chaumet; Öffentlicher Unterricht: Dorel; Arbeitsministerium: Laval; Justiz: Steel; Handel: Loucheur; Unterricht und öffentliche Arbeiten: De Monzie; Pensionen: Auriou.

Fochs Gutachten.

Das Gutachten des Interalliierten Militärkomitees in Versailles umfaßt, wie nunmehr bekannt wird, 44 Schreibmaschinenseiten. Die nächste Sitzung der Vorkonferenz ist infolge der Kabinettskrise noch nicht bestimmt. Der „Matin“ bringt eine kurze Inhaltsangabe des Gutachtens und sagt, Marschall Foch habe die Ansicht verschiedener bedeutender Persönlichkeiten eingeholt. Von französischer Seite hatten der Generalfeldmarschall Deberner und General Degoutte eine scharfe Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen verlangt. General Deberner habe besonders auf dem Gebiete des Flugzeugwesens an Hand von zahlenmäßigen Angaben die günstige Entwicklung der deutschen Luftschiffahrt nachgewiesen. Er habe Fabriken, die in der Nähe der deutschen Grenze lägen, entdeckt, die flüchtige Flugzeugmaterial herstellten, das bei diplomatischen Verhandlungen sofort zusammengeführt werden könne. Der General hebt weiter den unbekanntem Charakter der Umwelt der französischen Grenze angelegten Landungsplätze hervor, von denen man nicht weiß, ob sie nur wirtschaftlichen oder auch militärischen Zwecken dienen sollten.

Unfall des englischen Luftschiffes R 33

R o r w i c h, 17. April. Das Luftschiff R 33 hat sich gestern morgen während eines Sturmes von seinem Ankerort in Pulham losgerissen. An Bord befanden sich sechs Mann. Das Luftschiff nahm seine Richtung auf London. Später wurde es in der Richtung auf das offene Meer hinaustrübend gesichtet. Die Spitze des Luftschiffes scheint beschädigt zu sein oder ganz zu fehlen.

B r e m e n, 17. April. Nach einer Nachricht funkte der japanische Dampfer „Amazon Maru“, dessen Standort sich auf 52,5 Grad nördlich und 4,12 Grad östlich befindet, daß das englische Luftschiff R 33, das mit zerbrochener Spitze in Richtung Egmont (Holland) treibt, Hilfe verlangt. Später funkte derselbe Dampfer an einen holländischen Schlepper über Scheveningen: Das Luftschiff R 33 befindet sich jetzt über Land etwa acht Meilen südlich Imuiden.

4 Minister bei dem Attentat in Sofia verwundet.

B e l g r a d, 17. April. Nach den hier vorliegenden Meldungen über das Attentat in Sofia befinden sich unter den Verwundeten auch Ministerpräsident Janow, Außenminister Colloff, Minister Popokchewski und Minister Bilow. Insgesamt beträgt die Zahl der Toten 22.